

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 90 Pf. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,35 Mk. in Württemberg 2,45 Mk. vierteljährlich, hierzu Beleggeld 90 Pf.

Anzeigen 12 Pf., von auswärtig 15 Pf. die Zeile oder deren Raum. Reklame 25 Pf. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pf. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pf.

Nr. 89

Montag, den 14. April 1919

36. Jahrgang.

Vorsicht bei den Gemeindevahlen.

Nach dem neuen Notgesetz für die Gemeindevahlen ist bekanntlich grundsätzlich für alle Gemeinden mit nicht als 500 Einwohnern die Verhältniswahl vorgesehen. Es ist aber die Möglichkeit offen gelassen, auch weiterhin nach dem alten Verfahren der Personwahl zu wählen und zwar kann das dadurch erreicht werden, daß zur vorgeschriebenen Zeit einfach kein Wahlvorschlag ordnungsgemäß eingereicht wird. Ordnungsgemäß, das heißt mindestens volle 12 Tage vor dem Wahltag und unterschrieben von 20 in die Wählerliste aufgenommenen Personen. Liegt ein solcher Wahlvorschlag nicht vor, dann muß nach dem alten Recht gewählt werden, das heißt es kann dann jeder beliebige Mann und jede beliebige Frau, die wahlfähig sind, Stimmen erhalten. Der Bequemlichkeit und Gebauentlosigkeit ist damit dann weiter Tür und Tor geöffnet.

Bei der bekannten Abneigung gegen alle Neuerungen besteht nun da und dort starke Reizung, auf diese Weise tatsächlich am alten Verfahren festzuhalten. Wenn das in einer Gemeinde wirklich erreicht wird, dann ist es ja schließlich kein großer Schaden. Wir wollen aber auf folgende Gefahr aufmerksam machen. Nehmen wir an, es einigen sich an einem Ort die führenden politischen Personen dahin, keinen Vorschlag einzureichen, um dadurch zu erreichen, daß in alter Weise gewählt werde. Daneben aber verabreden 20 Menschen, die wahlberechtigt sind, in aller Stille, doch einen Wahlvorschlag einzureichen. Sie bringen aber denselben erst in der letzten halben Stunde des letztzulässigen Tages ein, so daß keine andere Gruppe mehr die Möglichkeit hat, noch einen anderen Vorschlag einzureichen. Dann muß nach dem neuen Verfahren gewählt werden und zwar können nur die vorgeschlagenen Personen gewählt werden, da Wilsde unzulässig sind. Die auf der einen Liste genannten sind damit unweigerlich gewählt, denn alle übrigen Wahlberechtigten haben dann nur die Möglichkeit, sich der Abstimmung zu enthalten, oder ihre Stimmen unter den vorgeschlagenen zu verteilen. Es haben auf diese Weise dann 20 Wähler (Wählerinnen) die Wahl gemacht. Da das leicht möglich ist, man sich dagegen auch nicht sichern kann, wird umso mehr zugegeben werden müssen, als ja die als Kandidaten vorgeschlagenen Personen, wenn sie robust genug sind, auch als Unterzeichner des Wahlvorschlags in Betracht kommen können. Man braucht also an einem Platz, wo 10 Leute zu wählen sind, nur noch 10 weitere Personen ins Vertrauen zu ziehen, dann können diese 20 miteinander den Gemeinderat für 6 Jahre bestimmen.

Da es gegen solche Ueberumpelungsgefahren keinen anderen Schutz gibt, als sofort rechtzeitig einen eigenen Wahlvorschlag einzureichen, so raten wir dringend, sich auf Verabredungen und Verbindungen nirgends einzulassen, sondern unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß überall ein zugkräftiger eigener Vorschlag nach den Grundregeln des neuen Wahlverfahrens eingereicht wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar 11. April.

Tagordnung: Anfragen.
Abg. Erkelenz (Dem.) wendet sich gegen die Gewalttätigkeiten der Freien Gewerkschaften.
Abg. Rat Trendelenburg: Die Regierung verurteilt jede Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Arbeiterrechts sind besondere Bestimmungen zum Schutz des Koalitionsrechts vorgesehen.
Abg. Fleischer (Z.) wendet sich gegen die Beschlagnahme von Privateigentum des Breslauer Fürstbistums durch die sächsische-Flawakische Regierung.
Ministerialdirektor Simon: Die Regierung hat ersten Einspruch gegen das Verfahren eingelegt, da das nicht der einzige Vorgang dieser Art ist.
Abg. Schwarz (Z.) verweist auf die unwürdige Behandlung der internierten deutschen Soldaten in Siebenbürgen und Serbien.
Vertreter des D.N.A. Henner: Wir haben gefast, was in unserer Kraft steht, bisher vergeblich. Die Verantwortung für das Schicksal unserer Landsleute trifft ausschließlich die Entente.
Abg. Biener (D.nat.) führt Beschwerde über das Schicksal der wegen Krankheit in serbische Hände Gefallenen, sowie über das der Armee Waisen.
Dr. Henner: Unsere Proteste blieben ohne Antwort.
Abg. Verdaub (Dem.) fordert gänzliche Neuregelung der Fürsorge für die Deutschbesetzten und ihre Hinterbliebenen.
Oberst Weiß: Bis es zur Neuregelung kommt, die unbedingt notwendig ist, werden die schlimmsten Härten in Verwaltungsweise gemildert.
Dr. Selinge (D.D.V.) fragt, ob die Regierung gewillt ist,

bei der Regelung in der Verteilung des Druckpapiers an dem bisherigen System der Kontingentierung festzuhalten.

Abg. Rat Trendelenburg: Eine Aushebung der Kontingentierung beabsichtigt die Reichsregierung nicht und sie befindet sich dabei in Uebereinstimmung mit der weitläufig überwiegenden Mehrheit der deutschen Zeitungsverleger, um die Verteilung zahlreicher kleiner und mittlerer Zeitungsbetriebe zu verhindern. Eine Aushebung kann erst eintreten, wenn der Bedarf aller Zeitungen aus der inländischen Erzeugung zu decken möglich ist. Es muß jedenfalls damit gerechnet werden, daß die Kontingentierung auch noch im nächsten Berichtsjahr, wenn auch wesentlich milder, bestehen bleibt.

Es folgt die 1. und 2. Beratung des Gesetzentwurfs über die Einföhrung der Sommerzeit.
Regierungskommissar Geh. Rat Köhner befragt die Vorlage: Der Reichskohlenkommissar hält sie angesichts der Kohlenknappheit für unbedingt notwendig. Im Sommer 1918 seien bei den Gas- und Elektrizitätswerken rund 1/2 Million Tonnen Kohlen gespart worden.

Ministerialdirektor Köhmer erklärt namens der bayerischen Regierung, daß sie die Sommerzeit entschieden ablehnt.

Abg. Kessler (Soz.): Schon während des Kriegs wurde die Sommerzeit in allen Kreisen als sehr lästig empfunden.

Abg. Dieck (Z.): Bisher dem Kohlenkommissar will in Deutschland niemand die Sommerzeit.

Abg. Dr. Koch-Wersberg (Dem.): Die Kohlenersparnis muß auf anderem Wege erreicht werden. Es ist ganz unmöglich den landwirtschaftlichen Betrieb der Sommerzeit anzupassen.

Der Entwurf wird abgelehnt.

Weimar, 12. April.

Gesetzentwurf über die Regelung der Kalkwirtschaft

Abg. Sasse (Soz.): Der vorliegende Gesetzentwurf bringt den Kalkbergbau der vollständigen Sozialisierung bedeutend näher. Es ist die Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaft des Kalkbergbaus geplant. Die Kalkzeugung wird zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen, an deren Verwaltung auch die Arbeiter beteiligt sind. Die Regierung soll der Nationalversammlung allejährlich über die Betriebs- und Lohnverhältnisse des Kalkbergbaus berichten. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, auch im Kalkbergbau den Siebenstundentag durchzuführen, werden wir die vorgeschlagene Preiserhöhung annehmen müssen.

Geb. Oberregierungsrat Krehmann: Die Vorlage bedeutet einen tiefen Einbruch in die Verhältnisse der Kalkindustrie. Inzwischen sind Mindestvorschriften vorgegeben, um das Bestehen des Kalkhandels, das in ungemein segensreicher Weise den Aufstieg der Kalkindustrie gefördert hat, in die neuen Verhältnisse überzuführen. Das Kalkhandelsverhältnis ist durch seine Bedingungen eine gedeihliche Entwicklung des Abfahrs im Ausland. Das ist umso wichtiger, als mit dem Verlust der effizienten Kalkwerke gerechnet werden muß, wozu noch das spanische Kalkverkommen hinzu tritt, das man bisher weit unterschätzt hat.

Abg. Imbusch (Z.): Schon jetzt verkaufen die Franzosen im linksrheinischen Gebiet effizientes Kalk zu höheren Preisen als sie das deutsche Kalkgeschäft zuläßt. Was denkt die Regierung dagegen zu tun, und gegen die Uebergriffe der französischen Besatzungstruppen den Saarbergbau gegenüber?

Abg. Fohmann (Dem.): Wir haben gegen die Sozialisierung des Kalkbergbaus noch stärkere Bedenken, als gegen die des Kohlenbergbaus. Eine Erhöhung der Kalkpreise sollte sofort durchgeführt werden.

Abg. Behrens (D.nat.): Wir haben die allergrößten Bedenken gegen das Gesetz. Die Sozialisierung der Privatindustrie ist deshalb bedenklich, weil für den Auslandsmarkt gearbeitet werden muß. Uns überläßt die Selbstverständlichkeit, mit der der Regierungsvertreter so sprach, als ob die effizienten Kalkwerke bereits preisgegeben werden müßten. Wir erlauben die Regierung erneut, sich zu erklären auch in der Frage des Abfahrs. Die Preiserhöhung für Kalk bedeutet eine außerordentliche Belastung der Landwirtschaft, die dann nicht mehr so billig Brot und Fleisch produzieren kann.

Abg. Kellner (D.D.V.): Wenn die Preise für die Lebensmittel abgebaut werden sollen, andererseits aber die landwirtschaftlichen Produktionskosten gewaltig steigen, kann die Landwirtschaft nicht auf eine gute Grundlage gestellt werden. Wir wenden uns auch hier gegen die Sozialisierung.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Das Gesetz ist undenkbar. Es ist eine Kulisse, hinter der ein kapitalistisches Schauspiel aufgeführt wird.

Das Gesetz geht an den Ausschuss.

Es folgt das Ermächtigungsgesetz.

Reichsminister Dr. Preuß: Der Entwurf will der Regierung die Möglichkeit geben, wenn es besondere Verhältnisse notwendig machen, im Verordnungsweg gewisse schlechte Dinge, die nicht von prinzipieller Bedeutung sind, zu regeln.

Abg. Dr. Becker-Asensberg (Z.): Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmen wir zu. In der Kommission sollte aber geprüft werden, ob für die Generalklausel nicht eine etwas weniger einschneidende Fassung gefunden werden kann.

Abg. Dr. Waldlein (Dem.): Wir erkennen die wirtschaftlichen Gründe an, die ein Verordnungsrecht notwendig machen. Die Generalklausel muß aber getrichen werden, denn sonst fehlt überhaupt jede Abgrenzung.

Abg. Krollmann (D.nat.): Die Vorlage bedeutet eine Verlängerung und Ausdehnung des Ermächtigungsgesetzes von 914, welches eine Vermittlung der Rechtsbeugnisse und ein Einlenken vor öffentlichen Moral zur Folge hatte. Die Notwendigkeit des Gesetzes sehen wir ein, können aber die vorliegende Fassung nicht zustimmen. Die Durchpfeifung der Gesetzesvorlagen muß inhören.

Abg. Hake (U.S.P.): Ich sehe nicht ein, weshalb dieses wichtige und weittragende Gesetz so überhastet verabschiedet werden soll.

Die Vorlage geht an den Wirtschaftsausschuss.
Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

Neues vom Tage.

Entschädigungsgesetz.

Berlin, 12. April. Dem Staatenausschuß ist ein Gesetzentwurf über die Vergütung der durch innere Unruhen verursachten Schäden zugegangen.

Berlin, 12. April. In Ostpreußen hatte sich aus den dort befindlichen Soldatenrüden ein Provinzialrat gebildet, der auf funktionsgraphischem Wege mit der Sowjetregierung in Verbindung getreten ist. Als die Reichsregierung von diesem Vorgehen Kenntnis erhielt, wurde der Provinzialrat darauf hingewiesen, daß die Führung von Verhandlungen mit einer fremden Regierung ausschließlich Sache der Reichsregierung sei. Oberpräsident v. Batocki war, wie die Reichsregierung entgegen einer Behauptung auf dem Rätelongree feststellt, an der Angelegenheit in keiner Weise beteiligt.

Die hohen Besatzungskosten.

Berlin, 12. April. Der Unterhalt für die feindlichen Besatzungstruppen des Rheinlandes stellt an die Reichskasse unverhältnismäßig große Anforderungen. An Barvorschüssen sind nämlich bisher im Dez. 1918 131, Jan. 1919 90, im Febr. 160 und im März 55 Millionen Mark aus der Reichskasse gezahlt worden, d. h. auf 436 Millionen Mark oder für einen Monat durchschnittlich 109 Millionen Mk., ein Betrag, in dem die von den alliierten Truppen im Wege der Requisition gedeckten, mit einem hohen Wert zu veranschlagenden Bedürfnisse nicht enthalten sind. Betrachtet man demgegenüber die Summe, die Belgien an Kontributionen zum Unterhalt des deutschen Besatzungsheeres bezahlt hat, so ergeben sich hier im Monat durchschnittlich 48 1/2 Millionen Franken. Es stehen sich also 109 Millionen Mk. und 48 1/2 Millionen Franken als Monatsdurchschnitt gegenüber. Die Entente sollte im allgemeinen Interesse darauf bedacht sein, die Kosten der Besatzung auf ein für Deutschland erträgliches Maß herabzumindern.

Dernburg Reichsfinanzminister?

Berlin, 12. April. Die Reichsregierung erwachte den Finanzminister Schiffer, der sein Entlassungsgesuch schon vor einiger Zeit wegen grundsätzlicher Meinungsverchiedenheit bei Aufstellung des Reichshaushaltplans eingereicht hat, das Amt so lange weiterzuführen, bis die Frage der Nachfolgerwahl gelöst sei. Die Demokratische Partei, der Schiffer angehört, wird nun Dernburg in Vorschlag bringen.

Bei dem Entschluß des Finanzministers Schiffer sollen die fortgesetzten Anforderungen der Regierung auf neue Beamtenstellen und Entschädigungen von Selbstverwaltungskörpern mitgewirkt haben.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 12. April. Die deutsche Waffenstillstandskommission hatte gegen die Verschleppung der in Ungarn internierten Deutschen zur Zwangsarbeit protestiert. Daraus haben die Alliierten diese Truppen widerrechtlich als Kriegsgefangene erklärt. Dagegen hat die Deutsche Waffenstillstandskommission nochmals Einspruch erhoben. Am 25. März hatte die deutsche Regierung erklärt, sie behalte sich, falls die Meinung über den Verkauf deutscher Ueberseeboote durch England wahr sei, alle Rechtsansprüche aus einer solchen den Friedensverhandlungen vorgehenden Maßnahme vor. Bis heute ist die deutsche Regierung noch ohne Antwort auf die Note. Sie hat daher erneut um beschleunigte Beantwortung der in ihr gestellten Frage. (So viel Tage, so viel Rechtsverletzungen.)

Besetzung von Griesheim.

Frankfurt a. M., 12. April. Der Nachbarort Griesheim ist heute vormittag von den Franzosen besetzt worden.

Abbau der Eisenpreise.

Essen, 12. April. Der Roheisenverband gibt bekannt: Nachdem infolge der Festsetzung von Höchstpreisen für Kohle und Koks die letzte bei der Roheisenerzeugung in Rechnung gezogene Kokspreiserhöhung nicht in Kraft getreten ist, tritt nunmehr eine entsprechende Ermäßigung der Roheisenpreise ein, und zwar entsprechend der Ermäßigung der Roheisenerzeugungs-Selbstkosten von 10,50 Mk. auf 38 Mk. pro Tonne, je nach Sorte. Der Roheisenverband hat sich vorbehaltlich der Zustimmung seiner Mitglieder bereit erklärt, in eine gleichmäßige Herabsetzung der Preise sämtlicher Roheisenarten, und zwar unter Selbstkosten, einzuwilligen, um das Rest-

den der Behörden nach baldigem allgemeinem Abbau der Preise zu unterstützen. Die Hochöfenwerke sind auch weiterhin gezwungen, mit Verlust zu arbeiten.

Die Räteregierung gestürzt.

Weimar, 13. April. Nach einer Meldung des bay. A. P. aus München ist die Räteregierung durch die Garnison gestürzt worden.

München, 13. April. Die bay. Regierung hat folgende Proklamation erlassen: An das bayerische Volk! Die Münchener Garnison hat die Gewalt Herrschaft in München weggelegt. Das Karinhans der landfremden Eindringlinge ist zusammengestürzt. Als Vertreter der Regierung ist mit weitgehenden Vollmachten der Abg. Vogel aus Jülich nach München entsandt. Seinen Weisungen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigt in sich die gesamte Zivil- und Militärvolksmacht in München. Alle bisherigen Anordnungen der Räteregierung sind außer Wirksamkeit gesetzt.

München, 12. April. Von heute ab sind die Bahnhöfe von Jülich nach München, Ingolstadt, Augsburg und Tinkelscherten—Augsburg (Linie Ulm—Augsburg) gesperrt.

Bern, 12. April. Die schweizerische Gesandtschaft in München hat in einem Bericht an das politische Amt auf die ernsten Ereignisse in Deutschland hingewiesen und Maßnahmen der schweizerischen Regierung zur den Schutz des schweizerischen Eigentums verlangt.

Die Bamberger Regierung.

Bamberg, 12. April. Die Zeitung „Der Freistaat“, das jetzige Regierungsorgan, gibt bekannt: Das Ministerium des Freistaats Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Innern und des Kultus: Doppsmann; Minister des Innern: Segitz; Minister für Landwirtschaft: Steiner; Minister für Handel und Industrie: Segitz; Finanzminister in Vertretung: Dr. Haller; Verkehrsminister i. V.: Kalkbrenner; Minister für soziale Angelegenheiten: Schreyer; Minister für militärische Angelegenheiten: Schneppenhorn; Justizminister: Endres.

Ermordung des sächsischen Kriegsministers.

Dresden, 12. April. Heute mittag versammelten sich vor dem Ministerium für Kriegswesen einige hundert Kriegesbeschädigte, die dem Kriegsminister Neuring verbildete Forderungen vorlegen wollten. Neuring weigerte sich, die Abordnung, unter der sich Kommunisten befanden, zu empfangen, worauf die Demonstranten gewaltsam in das Gebäude eindrangen und die Wache entwaffneten. Dabei soll ein Feldwebel eine Lebungshandgranate geworfen haben. Die Menge stürmte das Gebäude und zerstörte die ganze Einrichtung. Der Kriegsminister wurde fürchtbar mißhandelt, in die am Gebäude vorbeifließende Elbe geworfen und im Wasser ertrunken. Neuring, geb. 1879, war früher Fabrikarbeiter und wurde am 21. Jan. d. J. zum Kriegsminister gemacht. Auch nach der Untat im Kriegsministerium suchten drei unermittelte Leute, von denen mindestens einer nur sehr schlecht deutsch sprach, in das Gebäude des Generalkommandos des 12. Armeekorps einzudringen. — Reichswehrminister Noske wird der sächsischen Regierung sofort militärische Hilfe zur Verfügung stellen.

Der Krieg im Osten.

Leipzig, 12. April. Eine Entschließung der Leipziger Studentenschaft fordert die Kommissionen auf, sich ausnahmslos für den Grenzschutz zur Verfügung zu stellen. Das Wintersemester soll vorzeitig geschlossen und der Beginn des Sommersemesters so lange verschoben werden, bis die Gefahr vorüber ist. Die übrigen Universitäten werden aufgefordert, dem Vorgehen sich anzuschließen.

Lemberg, 13. April. (Poln. Teleg. Ag.) Die Stadt wurde am Donnerstag und Freitag von den Ukrainern sehr hart beschossen.

Der Generalstreik.

Berlin, 13. April. General Mecker hat von dem Reichswehrminister den Befehl erhalten, zur Wiederherstellung geheimer Verhältnisse im Post-, Eisenbahn- und Telegraphenverkehr, mit seinem Korps in Braunschweig einzuziehen.

Berlin, 12. April. Goslärer Jäger, die den Bahnhof Börßum, 25 Km. südlich Braunschweig, besetzten, und einen Panzerzug vorschoben, um die Eisenbahnstraße Waggelburg—Börßum—Hildesheim zu sichern, wurden am Bahnhof Börßum von Braunschweiger Kommunisten angegriffen. Diese hatten 4 Tote und 2 Schwerverletzte und morkten sich zurückziehen. Die zur Braunschweiger Volksmattrosendivision gehörige Besatzung des Bahnhofs Heiningen wurde von Regierungstruppen gefangen genommen. Die Goslärer Jäger werden zunächst nichts gegen Braunschweig unternehmen, solange die dortigen Spartakisten sich darauf beschränken, ihrem Machtbereich einzuhalten, der nur einen Kreis von etwa 20 Km. rund um die Stadt umfaßt.

Danzig, 12. April. Die Streikleitung hat den Generalstreik abgebrochen. Die Arbeit soll am Montag wieder aufgenommen werden. Daraus hat das Generalkommando den Belagerungszustand bedingt aufgehoben.

Braunschweig, 12. April. In Braunschweig herrscht seit Mittwoch früh der Generalstreik und als Gegenmaßnahme seit letzten Donnerstag früh der Bürgerstreik. Post, Telegraphenamt und Eisenbahnbeamtentstreik.

Hagen in Westf., 12. April. Spartakisten stürmten das Gerichtsgefängnis und befreiten die Gefangenen, unter ihnen eine große Anzahl Schwerverbrecher, dagegen keinerlei politische Gefangene. Alle Räume wurden verwüstet.

Düsseldorf, 12. April. Die Unruhen der letzten Tage forderten 157 Tote und 180 Verwundete, darunter 8 Tote und 24 Verwundete auf Seiten der Regierungstruppen. Hierin sind die Opfer der beiden letzten Nächte noch nicht einbezogen.

Essen, 12. April. Die Zahl der Arbeitswilligen in der Guss-Stahlfabrik Kr. Krupp A.-G. ist von gestern 16 600 auf etwas über 20 000 gestiegen. Die Zahl der Ausständigen im ganzen Ruhrgebiet betrug heute in

der Frähschicht 160 720 Bergarbeiter; in der gestrigen Fröh-, Mittags- und Nachtschicht zusammen 300 186.

Essen, 12. April. Die Vertrauensmännerverammlung des Bergarbeiterverbandes hat mit 317 gegen 84 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit unter der (bereits zugestanden) Bedingung des siebenstündigen Arbeitstags, starker Lebensmittelförderung, Erhöhung des Krankengelds auf 7,50 Mk. beschlossen.

Ludwigshafen, 12. April. In einer Versammlung der streikenden Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabriken wurde mitgeteilt, daß die Beamten des Merseburger Zweigwerkes in den Sympathiestreit eingetreten seien. Wenn die Firma nicht die gestellten Forderungen bewillige, werden auch die Beamten der ganzen Interessengemeinschaft der Anilinfabriken und die gesamte Angestelltenchaft der Stadt Ludwigshafen in den Sympathiestreit eintreten. Die Arbeiter stehen geschlossen hinter den Beamten. Auch die französische Besatzungsbehörden haben den Streikenden ihre Unterstützung zugesichert. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken erklärte sich bereit, einmalige Zulagen von Mk. 300.— zur Strazezeit, Mk. 200.— für Unverheiratete und Mk. 160.— für Unmündige, sowie eine Erhöhung der laufenden Feuerungszulage um Mk. 30.— monatlich, rückwirkend ab 1. 1. 19, sowie je nach der Entwicklung der Verhältnisse eine einmalige Zulage von Mk. 600.— zu bewilligen. Mehr könne nicht zugesprochen werden, da die Betriebe seit November vorigen Jahres aus Mangel an Kohle und sonstigen Rohmaterialien so gut wie stillstehen.

Die fälligen Schatzanweisungen.

Wien, 12. April. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird eine Reihe ungarischer Schatzanweisungen im Betrag von etwa 440 Millionen Kronen, die bei Wiener Banken begeben worden sind, heute fällig. Welche sind aber für die Einlösung keine Mittel nach Wien überwiesen worden. Voraussichtlich wird die ungarische Räterepublik ihre Wechsel auch nicht einlösen können.

Aufhebung des Kirchenzwangs.

Wien, 12. April. Nach einer Verfügung des Unterrichtssekretärs für Unterricht ist jeder Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen in allen mittleren Lehranstalten und allgemeinen Volks- und Bürgerschulen Österreichs unterbunden.

Einige Lebensmittel aus Holland.

Haag, 12. April. Das Kerr. Bur. erfährt, daß die alliirten Regierungen Holland gestattet haben, einige Lebensmittel nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands auszuführen.

Amsterdam, 12. April. Die Blätter melden, daß die Kohlenzufuhren aus Deutschland vorläufig ganz aufgehört haben.

Brüssel, 12. April. Die Kammer hat die Vorlage zur Wohlreform einstimmig angenommen.

Von der Friedenskonferenz.

Syon, 12. April. Ein Funkpruch vom 11. verbreitet, der Bierretrat habe in der Saargebietfrage eine endgültige Entscheidung getroffen, daß das Saargebiet Frankreich auf 15 Jahre zugesprochen werde, nach deren Ablauf eine Volksabstimmung stattfinden soll. Es könne erwartet werden, daß das Saarbecken alsdann vollständig französisch geworden sei.

Lloyd George wird nach London reisen und ungefähr eine Woche abwesend sein.

London, 12. April. Der Neuyorker Korrespondent der „Daily News“ meldet ontlässlich der Angriffe, die von gewisser europäischer Seite auf Amerika unternommen werden: Clemenceau kann den Frieden schließen, den er will, wenn er von Amerika nicht verlangt, daß es ihn garantiere. Nach Ansicht der verständigen Amerikaner treibt Frankreich damit, daß es für die Toner große Teile der deutschen Bevölkerung unter sein Joch bringen will, einem künftigen Weltkrieg zu, in dem Frankreich nicht im Stand sein wird, sich anders zu verteidigen, als mit Hilfe seiner Freunde. Nach amerikanischer Auffassung würde es selbst, wenn es derart von fremdem Schutz abhängen würde, durch einen Krieg viel mehr verlieren, als es durch die Kohlenfelder an der Saar gewinnen kann. — In einem Artikel in den „Daily News“ fragt der Engländer Gardiner: Ruß England Frankreich unterstützen oder Amerika? Beide zugleich kann es nicht unterstützen.

Die Lage in Ägypten.

Kairo, 12. April. (Heute.) Die Unruhen in Ägypten drohen einen religiösen Charakter anzunehmen. Die Bevölkerung zeigt zunehmende Feindseligkeit gegen die Europäer. Zwei englische Soldaten wurden ermordet. Die englischen Truppen hatten verschiedene Zusammenstöße mit den Aufständischen.

Klein- und Großbetriebe in der Ablieferung von Lebensmitteln.

Die „Korrespondenz“ des Deutschen Landwirtschaftsrats“ berichtet: Die bisher vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen über diese Frage, wie insbesondere die von Professor Laur in der Schweiz, haben ergeben, daß der Kleinbetrieb größere Leistungen auf der Flächeneinheit erzielt, daß er aber im allgemeinen weniger Nährstoffe für die menschliche Ernährung abgibt als der Großbetrieb, weil dieser die Erzeugnisse des Ackerbaues und der Pflanzenproduktion, wie besonders Getreide und Kartoffeln direkt an den Markt liefert, während der Kleinbetrieb sie zum großen Teil in der Viehwirtschaft verwendet.

Nach der soeben abgeschlossenen Untersuchung von Professor Hansen in Königsberg für die beiden Kreise Landkreis Königsberg und Heiligenbeil haben z. B. im Kreise Heiligenbeil die Kleinbetriebe unter 100 Hektar auf je 1 Hektar Ackerland 277 Kilogramm Brotgetreide abgeliefert, dagegen die Großbetriebe über 100 Hektar 351 Kilogramm oder 27 Prozent mehr. An Hafer hat der Kleinbetrieb 48 Kilogramm abgeliefert, der Großbetrieb 74 Kilogramm, also 54 Prozent mehr, an Gerste der Kleinbetrieb 18 Kilogramm, der Großbetrieb 37 Kilogramm, also das Doppelte. An Hülsenfrüchten der Kleinbetrieb 4 Kilogramm, der Großbetrieb 12 Kilogramm, an Kartoffeln der Kleinbetrieb 201 Kilogramm, der Großbetrieb 304 Kilogramm, also 50 Prozent mehr. Trotz der Kleinbetriebe 29 Kilogramm, der Großbetrieb 3 Kilogramm, also 82 Prozent mehr. An Butter der Kleinbetrieb 3,1 Kilogramm, der Großbetrieb 6,4 Kilogramm. Endlich an Milch der Kleinbetriebe 41 Liter, der Großbetrieb 151 Liter, d. h. fast viermal soviel. Dagegen haben die Kleinbetriebe unter 100 Hektar an Viehhendengewicht pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche 11 Kilogramm, der Großbetrieb nur 51 Kilogramm abgeliefert, erstere an Eiern 25 Stück, der Großbetrieb nur 5,5 Stück.

Das Endergebnis dieser Untersuchung ist, daß der Großbetrieb von Brotgetreide und Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Milch, für die öffentliche Bewirtschaftung verhältnismäßig mehr abgeliefert hat als der Kleinbetrieb, während der Kleinbetrieb verhältnismäßig mehr Fleisch und Eier zu liefern imstande ist.

Vermischtes.

Vom Nachwinter. Ältere Leute erinnern sich, daß im Jahre 1865 am 1. April ebenfalls wie in diesem Jahre enorme Schneemassen fielen, und daß damals allgemein mit Schüssen gelächelt wurde. Damals klagten die Bauern darüber, daß sie jetzt durch den frühen Schneeeinbruch in ihren Arbeiten im Felde gehindert wären. Aber die Sonne schmolz den Schnee in kurzer Zeit hinweg, und der Monat Mai brachte täglich kleine, warme Gewitterregen und viel Sonnenschein. Stammen haben die Bauern das große Wachstum der Pflanzen. Nachher wurde es ziemlich trocken. Das Jahr 1865 war dann ein solch fruchtbares Erntejahr für die Landwirte und besonders für die Weinbauer, daß die ältesten Leute von damals sich eines so großen Erntegerogens nicht zu erinnern vermochten. Das Jahr 1865 brachte auch den besten Wein seit vielen Jahren. Viele Leute starben im Herbst, weil sie von dem vorzüglichen Wein zuviel tranken! Warten wir ab, ob das Jahr 1919 dem Jahr 1865 entspricht.

Schenkung des Herzogs von Anhalt. Das herzogliche Haus hat dem Staat laut „Magdeburgerische Zeitung“ große Schenkungen gemacht, unter anderem das herzogliche Hoftheater, das gotische Haus mit Gemälden im Werte von vielen Millionen, den herzoglichen Tiergarten, die herzogliche Hofbibliothek, das Archiv und das Dessauer Landesmuseum. Ferner überwiebs das herzogliche Haus dem Staate Domänen und Forsten im Werte von 20 Millionen, deren Ertragnis der Erhaltung der Kultstätten dienen soll.

Der Kaiserliche Marhall in Berlin ist durch Verkäufe um 10 Pferde verringert worden. Er besitzt jetzt noch aus 100 Pferden, von denen 20 für den künftigen Gebrauch des Kaisers und der Kaiserin bestimmt sind. Die übrigen 80 Pferde behält die Regierung der Republik; sie sollen zum Dienst bei den Mitgliedern der Regierung, vor allem des Reichspräsidenten, verwendet werden, der viel Interesse für die Pferde hat. — In München wird der frühere Marhall vorerst als Kronrat noch weitergeführt und verwaltet. Er leistet ungeschickt die Verwalter des schätzungsweisen Dienstes. Er stellt sich Kräfte zur Ausübung der Praxis zur Verfügung, veranstaltet Verwundetenversammlungen, dient zur Beförderung von Kohlen und Lebensmitteln und ist auch im Dienst des Roten Kreuzes tätig.

Die 1. und 2. Sams. tag Nach. haben in Berlin zwischen den Stationen Potsdamer Bahnhof und Groh-Waldenerstraße 192 Eisenbahnwagen so heftig aufeinander, daß zwei Wagen einander überschoben wurden, wobei 9 Personen schwere Verletzungen erlitten.

Mittelmeer. Nach dem ungar. Kerr. Bur. haben die Rada-peller Eisen- und Metallarbeiter ihre Lebensmittelration der Wiener Arbeiter zur Verfügung gestellt, w. i. ihnen die Bourgeoisie der Entente mit Augenverbrechen der Heuchelei die Lebensmittel vorenthalte.



Carl Böhm, Charlottenburg Georg A. Mathy, Berlin Hugo Frank, Stuttgart

Die Briefmarken der Nationalversammlung.

Baden.

(*) **Karlsruhe**, 12. April. Die zwischen der Regierung und den Vertretern der Eisenbahnarbeiter geführten Verhandlungen über die Schaffung eines Volontärs für das Eisenbahnpersonal haben zu einem vollen Einverständnis geführt. Der „Bad. Beobachter“ schreibt dazu: Bald 20 Jahre kämpft das im Arbeitsverhältnis stehende Eisenbahnpersonal um diese Tarifierung der Löhne. Der 1. Volksregierung blieb es vorbehalten, dieser Forderung endlich gerecht zu werden und der glücklichen Hand des Finanzministers Dr. Wirth gelang es, einen alle Kreise befriedigenden Tarif auszuhandeln.

(*) **Karlsruhe**, 12. April. Ein schweres Verbrechen, das seinerzeit im Mural großes Aufsehen erregte, fand vor dem Schwurgericht seine Sühne. Der 34-jährige Kaufmann Karl Langenbach aus Gerusbach hatte versucht, ein Mädchen, mit dem er ein Verhältnis unterhielt, auf dem Wege nach Ottenau in die Kur zu stoßen. Das Mädchen stürzte auch den Felsen hinunter, konnte sich aber noch am Gefirrupp festhalten, so daß es nicht in die Kur fiel. Langenbach wurde wegen Foltschlagsverdachts zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

(*) **Manheim**, 12. April. Der 38-jähr. verh. Weidenwärtler Jakob Dorn von Hohenheim wurde beim Ueberschreiten der Gleise im neuen Rangierbahnhof von einer Maschine erfaßt und getötet.

(*) **Heidelberg**, 12. April. Im Bürgerauschuß, der einen Kredit von 2 Mil. Mk. zur Befreiung von Kriegsausgaben bewilligte, wurde mitgeteilt, daß die Eingebungen von Weibingen und Kirchheim nach Heidelberg bald spruchreif sein werden.

(*) **Ettlingen**, 12. April. Die Polizei faßte ein Schleichhandelsfahrzeug ab, das 2 1/2 Zentner Fleisch nach Karlsruhe bringen wollte.

(*) **Säckingen**, 12. April. Die Redaktion der Zeitungen des Rhein- und Biejenals haben sich zu einer Bereinigung zusammengeschlossen. Vorstand ist Redakteur Kirchberg von Waldob. 1221/19



(-) **Vörrach**, 12. April. Die sozialdemokratische Parteikonferenz des früheren 4. bad. Reichstagswahlkreises (Breisach-Vörrach-Mülheim-Staufen) nahm nach Besichten der Mitglieder der bad. Nationalversammlung Bösch und Kieselich eine Entschließung an, in welcher mit großem Bestreben Kenntnis genommen wird von der finanziellen Abfindung des Grafen Hauses, ohne daß vorher eine genaue Vermögensdarstellung erfolgt. Die Politik der soz. Fronten sei nicht immer so gewesen, wie man sie in der Revolutionszeit hätte erwarten können. Es wurde eine entschiedene, und stärker nach links orientierte Stellungnahme, eine schärfere Betonung der soz. Grundfrage auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gefordert.

(-) **Albern**, 11. April. Kronenwirt Josef Kosch von Seebach geriet unter sein Lastfuhrwerk, wurde überfahren und getötet.

(-) **Freiburg**, 13. April. Zu der wiederholten Frage einer Vereinigung Badens und Württembergs hat die Freiburger Handelskammer eine ablehnende Stellung genommen und den Vorort des bad. Handelstags, die Mannheimer Handelskammer ersucht, ohne Verzug durch eine öffentliche Erklärung zu bekräftigen, daß Industrie und Handel Badens, wohl im Einklang mit der Mehrheit der übrigen Bevölkerung, an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbständigkeit Badens festhalten wolle.

(-) **Bühl**, 13. April. Auf dem Bahnhof wurden etwa 1000 Liter Schnaps, Schleichhandelsware, beschlagnahmt; ein Teil davon ist allerdings schon wieder gestohlen. Neun Personen sind verhaftet.

(-) **Nadoltszell**, 13. April. Das Jahndungs-Kommando hat in den letzten Tagen hier zwei Kisten mit zahntechnischen Blombenmaterial im Wert von 100 000 M., eine Kiste Banille im Wert von 50 000 M., ferner in Petershausen drei Kisten mit Zimmt im Wert von 100 000 M., sowie einige Kisten mit Mehl und Schokolade beschlagnahmt.

(-) **Konstanz**, 12. April. Die Wahlen für den Oberbürgermeister- und die Bürgermeisterposten werden schon in der aller nächsten Zeit stattfinden, nachdem sich die Parteien endgültig geeinigt haben, zum Oberbürgermeister Dr. Wörzle von Speyer, zum 1. Bürgermeister den hiesigen Stadtrat Dr. Dietrich vorzuschlagen.

(-) **Neberlingen**, 12. April. Die Getreideabschlagsgenossenschaft für den Amtsbezirk Neberlingen erklärte in ihrer letzten Vorstands- und Aufsichtsratsitzung sich einmütig für eine Vereinigung Badens mit Württemberg.

Zugausfall Der auf der Strecke München-Ulm wegen Kohlenmangels eingestellte Zug D 4 fällt von Montag, den 14. April an auch auf der Strecke Ulm-Stuttgart bis auf weiteres aus. An seiner Stelle verkehrt vorläufig der Personenzug 124, Ulm ab 11.32 werktags regelmäßig.

Die Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen dient nach einer Mitteilung des Reichsdemobilisationsamts nicht etwa den mit Heeresaufträgen beschäftigt gewordenen Industriebetrieben, sondern der gesamten Industrie. Die Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen stützt auch das Handwerk und zwar gruppenweise, während für die einzelnen Handwerker Kriegshilfskassen bereit stehen.

Freimachung von Arbeitsstellen. Am 31. März ist die vom Demobilisationsamt erlassene Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 28. März 1919 in Kraft getreten. Die Verordnung bezweckt, durch Zwangsentslassungen nicht erwerbsbedürftiger, sowie orts- und berufs-fremder Arbeitnehmer in Handel und Industrie Arbeitsgelegenheiten für den alten Angestellten- und Arbeiterstand zu schaffen. Die Demobilisationsausweise werden ermächtigt, die Arbeitgeber zur Kündigung anzuhalten oder selbst zu kündigen. Die Kündigungsfrist, mindestens 14 Tage, ist einzuhalten. Ausnahmen z. B. für verheiratete Jünglinge sind gestattet. Die Ausweise können zuwiderhandelnde Arbeitgeber mit Strafen bis zu 5000 M. belegen.

Gummifauger. Von den Gummifaugern für keine Kinder, die vor einiger Zeit von englischen Frauen nach Deutschland geschickt wurden, werden 25 000 Stück auf Württemberg entfallen, so daß es möglich sein wird, jedem Kind bis zum Alter von 7 Monaten einen Gummi-

fauger zukommen zu lassen. Die Verteilung wird im Mai erfolgen.

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 12. April. (Wesentlicher Dank.) Die Staatsregierung spricht in einer Bekanntmachung den Führern und Mannschaften der Sicherheitskompagnien und der Reservefeuerwehrkompagnien den öffentlichen Dank aus, daß durch ihre Tapferkeit und "blühende, tatkräftige Haltung die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung durchführbar geworden seien. Die Leistungen der Kompagnien seien um so höher anzuschlagen, als ihnen durch das Benehmen mancher Kreise der Bevölkerung die Aufgabe sehr erschwert worden sei. Mit Hinblick auf die bewährte Haltung der Sicherheitskompagnien sei die Regierung vertrauensvoll der weiteren Zukunft entgegen.

(-) **Stuttgart**, 13. April. (Überpause.) Die Banken, Sparkassen, Versicherungsinstitute und ähnliche Geschäfte werden am Samstag ihre Büros und Schalterräume geschlossen halten.

(-) **Stuttgart**, 13. April. (Todesfall.) Die frühere Oberin des Diakonissenhauses, die sich erst im vorigen Jahre zur Ruhe gesetzt und 23 Jahre ihres Amtes gewaltet hatte, Gräfin Marie v. Taubenheim, eine Tochter des früheren Oberstallmeisters, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

(-) **Feuerbach**, 13. April. (Brand.) In der Automobilwerkstatt von Gebr. Landenberger hat ein Brand bedeutenden Gebäude- und Materialschaden angerichtet.

(-) **Ludwigsburg**, 12. April. (Brand.) Heute nacht ist in dem Dachstuhl der Stoffschuhwarenfabrik von A. Freudenberg Feuer ausgebrochen, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel.

(-) **Hohenca**, (N. Ludwigsburg), 12. April. (Diebesbande.) Eine Diebesbande treibt seit längerer Zeit in unserer Gegend ihr Unwesen. Diese Woche wurden von der Bande eines Bauernhauses eine vollständige Anstreicherei, 2 Uhren, Eier u. a. gestohlen.

(-) **Magstadt**, 13. April. (75. Geburtstag.) Bierbrauereibesitzer G. Widmaier, der sein Unternehmen durch Reich, Willenskraft und Weitblick in die Höhe gebracht hat, konnte vier Tage in geistiger Freude seinen 75. Geburtstag begehen.

(-) **Murik**, (N. Balingen), 12. April. (Sammlung.) Für die Diakonissen in Bf. Bf. in Murik haben die hiesigen Schüler am Konfirmationssonntag 290 Eier, 45 Liter Milch und 65 Pfund Mehl gesammelt.

(-) **Winnenden**, 12. April. (Einbruch.) In das Anwesen des Kaufmanns Schögenhaus in der Marktstraße wurde eingebrochen. Den Dieben fiel neben anderen Gegenständen die Lebenskasse in die Hände.

(-) **Obervösch**, a. d. R., 12. April. (Stiftung.) Die Erben des verstorbenen Kommunitrats V. Schüler in Obervösch haben der Gemeinde Obervösch 5000 M. gestiftet.

(-) **Reichenbach a. N.**, 12. April. (Eigenmächtige Wahl.) Das „geringere Parlament“ veranlaßte von sich aus eine Neuwahl des Ortsrats, wobei nur 80 Stimmen abgegeben wurden. Da aber die Zahl der wahlberechtigten Einwohner 1060 beträgt und gegen den berechtigten Arbeiter noch keine Beschwerde vorliegt, beschloß die Kollegie, die Neuwahl nicht anzuerkennen.

(-) **Nürtingen**, 13. April. (Kostendarbeit.) Die Amtsvorstellung hat den Straßenbau Linienhofen-Beuren als Kostendarbeit beschlossen. Die Kosten waren im Frieden auf 57 000 M. berechnet; jetzt kostet die Ausführung mindestens 150 000 M.

(-) **Horb**, 12. April. (Brauerereigenossenschaft.) Vor einiger Zeit wurde hier in einer großen Kreisversammlung eine Genossenschaftsbrauerei Horb gegründet, der sofort 33 Versammlungsteilnehmer beitreten. Auch die Stadt ist mit einem namhaften Geschäftsanteil der Genossenschaft beigetreten.

(-) **Siengen a. R.**, 12. April. (Einheitsvolle Gemeindegewalt.) Im Hinblick auf die fortgesetzte Steigerung des Papierpreises u. aller für die Herstellung der Zeitung benötigten Artikel („Benzoltabak“) für Aufnahme der städt. Bekanntmachungen den Zeitungspreis mit 33 1/2 Prozent erhöht.

Wildbader Brief Nr. 5.

Wenn jemand von seinen Mitbürgern nur die besten Seiten sah, so muß ein Inserat wie wir es am Dienstag im Freien Schwarzwälder zu lesen bekamen, ein langanhaltendes, wehmütiges Echo hinterlassen.

Wenigleich die Nachklänge wiederholt zu mir herüberhallen, sah ich doch immer nur einen Ausgang, hörte nur eine Wiedergabe und erkannte nur einen Urheber.

Ich kenne ihn persönlich nicht und wenn es der Fall wäre möchte ich ihm folgendes sagen: „Komm zu mir, heut ist ein prächtiger Frühlingstag, betrachte mit mir des Himmels Blau.“

Einen Borsowis hätte ich nicht, nur bitten möchte ich ihn, mich nach dem Panoramaweg zu begleiten.

Auf diesem Gang begegneten wir sich einem Teil unserer Wildbader Jugend.

Fragen würde ich, ob er in diesen hoffnungsvollen Reden nicht auch den göttlichen Funken sieht?

Manch werktätigen Einwohner könnten wir außerdem noch mit einem gemeinsamen „Grüß Gott“ begrüßen. Ich müßte ihn dabei anschauen und fragen: „Wilst Du Wildbader Fleiß vernichten?“

Auf dem Panoramaweg angelangt, würde ich ihn bitten auf unser liebliches Tal zu schauen und seiner inneren Stimme einen kleinen Augenblick Gehör zu schenken. Fragen müßte ich: „Wilst Du dieses friedliche Tal Spartakus opfern?“

Sollte jetzt die Erkenntnis über meinen Mitmenschen kommen, so sparste ich nicht zürnen.

Ist denn die Erkenntnis des eigenen unvollkommenen Selbst nicht schmerzhaft genug?

Hasse jemand und Du selbst fühlst Dich unglücklich, liebe — und Du bist selber geliebt.

Aus diesem Grund würde ich ihm die Hand drücken, in den Handschlag aber jene Wärme und Liebe legen, die uns die Achtung vor unseren Mitmenschen diktiert.

Geben uns die Erfahrungen klüger gemacht, dann werden unsere Handlungen auch weiser und besser.

Nun noch ein Wort zu unserer Fremden Industrie. Wenigleich bereits im Wildbader Brief Nr. 3 darauf hingewiesen wurde, daß wir ohne sie genau so zusammenbrechen, wie unser deutsches Vaterland, ist es immer wieder nötig, die Unwissenden aufzuklären.

Wenn wir daran denken, daß erst die Erfahrung die Einsicht bringen soll, dann — ist es für uns alle zu spät, dann gleichen wir jenen, die den Brunnen erst bedecken, wenn unsere Mitbürger ertrunken sind.

Wir fragen uns mit Recht: „Haben die Gegner unserer Fremden Industrie überhaupt etwas zu verlieren?“

Nach genauer Kenntnis einzelner Namen müssen wir die Frage mit Nein beantworten.

Läge ein Gewinn auf ihrer Seite, der sich gleichfalls mit der Mehrheit decken könnte, wäre es Menschenpflicht, daß wir den Mehrheitswillen respektieren. Menschenpflicht wäre aber gleichfalls, daß die Gegner der Fremden Industrie sich all derer in Barmherzigkeit annehmen, die nicht allein ihr Brot, sondern auch ihr Hab und Gut verlieren.

Ich bin sicher, da würden wir schwer auf Gegenseite stoßen. Man will wohl niederreißen, aber nicht aufbauen. Da wir die Erfahrung in dem Aufruf zur Gemeinderatswahl gemacht haben, ist es unsere heilige Pflicht, aufklärend zu wirken.

Die Zeit ist gewiß nicht allzu fern, wo uns auch die-

(-) **Ulm**, 12. April. (Neue Forderungen.) Die Streikenden der Firmen Gebr. Eberhardt und C. D. Magirus verlangen Herabsetzung der Lebensmittelpreise und Uebernahme der Mehrkosten auf Reich, Staat und Gemeinde, Verteilung der Wohnungen (je Familie soll nur so viel Zimmer haben, als sie Köpfe zählt), Mindesttagelohn von 15 M. für Männer, 10 M. für Frauen, Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns um 50 Prozent, Lohnzahlung für die Streikstage usw.

(-) **Biberach a. N.**, 12. April. (Stiftung.) Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Firma Heinrich Haug hier machten die Inhaber Heinrich und Emil Haug für die Angestellten und Arbeiter, sowie für gemeinnützige Zwecke Stiftungen in Höhe von 50 000 M.

(-) **Troffingen**, 13. April. (Wohnungs-fürsorge.) Die bürgerlichen Kolonien haben beschloßen, 20 Einfamilienhäuser mit einem Aufwand von 600 000 M. zur Behebung der Wohnungsnot zu erbauen.

Demokratie und Räteystem.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei in der Preussischen Landesversammlung hatte verschiedentlich Veranlassung, sich mit dem Räteystem zu beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit hat sie die Richtlinien über ihre Stellung zum Räteystem festgelegt, denen wir folgendes entnehmen:

Die politische Demokratie fordert die unbedingte Souveränität der aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangenen Vertretung des gesamten Volkes. Ihr ein berufständisches oder ein Massen-Parlament zur Seite zu stellen, würde eine reaktionäre Maßnahme bedeuten, die dem Weite wahrer Demokratie entschieden widerspricht. Die wirtschaftliche Demokratie bedingt die Gleichberechtigung aller gegen Lohn oder Entgelt beschäftigten Arbeitnehmer in den Fragen ihres Arbeits- oder Anstellungsverhältnisses mit den Arbeitgebern. Sie ist in der Gesetzgebung durch ein modernes und großzügiges soziales Arbeitsrecht zu verankern. Ein solches Arbeitsrecht setzt öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen für alle Erwerbstätigen voraus. Es kommt dabei nicht auf den Namen dieser Berufsvertretungen an (Räte, Kammern, Ausschüsse), sondern auf ihre Beugnisse.

Die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen (Räte) der Arbeitnehmer finden ihr Fundament in örtlichen Räten. Ueber diese erheben sich für den Bereich größerer Verwaltungsbezirke die Bezirksräte. Die Spitze bildet ein Landes- oder Reichsrat. Einer besonderen Prüfung bedarf die Frage, ob einheitliche Arbeitnehmerräte oder besondere Räte für Arbeiter, Angestellte und Beamte auch in den oberen Stufen zu erreichen sind. Diese Räte sind die beruflichen Arbeitnehmerorgane bei der Ausführung eines zu schließenden Arbeitsvertragsrechtes, das so-wohl für den Einzel- als auch für den Kollektivvertragsrecht (Tarifrecht) gilt. Die Haltung der Interessengruppen an (Räte, Kammern, Ausschüsse), sondern auf ihre Beugnisse.

Das Einigungsweises in allen Berufsgruppen zur Pflicht zu machen; seine ausübenden Organe werden von den Berufsvertretungen (Räten) der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch besetzt.

Ferner sind den Räten gewisse Beugnisse einzuräumen wie das Recht, Anträge und Gegenentwürfe sozialer Art an die gelegenden Körperschaften einzubringen oder bei der Ausführung sozialer Werke und bei der Ausführung der Ausführungsbestimmungen zu solchen mitzuwirken. Ferner ist die Mitwirkung beim Arbeitsnachweis, bei der Gewerbeaufsicht, dem Arbeiterschutz, beim Fachunterricht und Lehrlingsausbildung vorzusehen.

Neben den Räten ist die Anerkennung der Berufsvereine notwendig, denen die Rechtsfähigkeit zu verliehen ist.

Die Stahl und Federer Aktiengesellschaft in Stuttgart beziffert ihren Jahresgewinn für das am 31. Dezember 1918 zu Ende gegangene dreizehnte Geschäftsjahr auf M. 1.049.667. — (im Vorjahr M. 1.166.166 —) wovon nach Abzug von M. 30.000. — Rückstellung Lohnsteuer und M. 190.000. — Abschreibung auf Gebäude M. 829.667. — zur Verfügung der Generalversammlung bleiben. Davon werden M. 83.000. — den beiden Reservefonds abgewiesen und 6% Dividende (im Vorjahr 7%) verteilt. Die Generalversammlung findet am 23. April ds. Jrs. statt.

jenigen wieder zugeführt werden, die sich als Fremdling zeigen.

Urteilen wir deshalb mild, denken wir daran, daß falsche Ideen Fesseln sind, die den innern und äußeren Menschen verrotten lassen.

Nur Wahrheit und Gerechtigkeit beleben den zerüttelten Organismus.

Jede verkehrte Anschauung erzeugt mit der Zeit eine Krankheit.

Individuelle und nationale Gesundheit erlangen wir aber nur, wenn wir uns von den Banden der Unwissenheit befreien.

Erkennt sich das wahre Selbst, dann leben wir mit allen Menschen in Frieden.

Ebenso sieht es mit der Freiheit. Man verlangt Freiheit und bedenkt nicht, daß sie für alle vorhanden ist. Nicht die Revolution brachte sie uns, die Freiheit war für alle da, die nach Wahrheit trachteten.

Wenn wir daran denken, wie Fremde über unsere Mitbürger zu urteilen wüßten, wie sie dieses Lob in ihrer Heimat verbreiteten, dann — krampt sich gewiß das Herz zusammen, wenn wir heut von Unwürdigen unserer Gemeinde sprechen müssen.

Doch verlieren wir dabei keinerlei Hoffnung! Auch bei ihnen liegt noch der gleiche Anstand und die gleiche Liebe überhäutet. Nennen wir diesen Unrat fort, helfen wir ihnen und ich bin sicher, da und dort werden wir die halb erloschenen Funken wieder zu einem lodernen Feuer entfachen! Das wolle Gott!



Lotales.

Die Vermögensabgabe. Nach Berliner Messungen sollen bei der Vermögensabgabe, die eine Teil der Kriegslasten zu decken bestimmt sind, Vermögen bis zu 30 000 Mark frei bleiben. Die Abgabe wird eine stufenmäßig ansteigende sein und mit 5 Prozent beginnen. Die Durchschnittsabgabe wird 15 Prozent des Vermögens betragen. Das Reichsfinanzministerium veranschlagt die Einnahme aus der Vermögensabgabe auf etwa 50 Milliarden Mark.

Hemden aus Mehlsäcken. Dem „B. Z.“ wird geschrieben: Durch das Abkommen mit der Entente bekommen wir im April von den 270 000 Tonnen Lebensmittel 200 000 Tonnen oder wenigstens den größten Teil davon in amerikanischem Mehl. Das Mehl kommt in guten Baumwollsäcken. Hierzu gehören, wenn es wie meistens, in Pentersäcken verpackt ist, 4000 000 Säcke. Jeder Sack, der aus einem Stück gemacht ist, stellt reichlich einen Quadratmeter Stoff dar. Bei der großen Not, den wir an Baumwollstoff haben, wäre es zu wünschen, wenn dieses Gewebe der Bevölkerung zu Gebrauchszwecken zugeführt wird und nicht wieder als Sack Verwendung findet. An Säcken haben wir keinen Mangel denn diese werden in genügender Menge aus Futtersack aus Textil, hergestellt. Das Quadratmeter kostet etwa 2,75 Mk., während Baumwollgewebe bis 25 Mk. pro Meter bezahlt werden und kaum zu haben sind. Die Stoffe, aus denen die amerikanischen Mehlsäcke hergestellt sind, würden sich auch gut zu Hemden eignen. Die Händler, denen das Mehl in Säcken geliefert wird, müßten die Säcke zurückgeben und für den Sack 20 Mk. Pfand stellen.

Zur Volksabstimmung. In Anbetracht der Neuheit der Volksabstimmung und ihrer Tragweite werden auf Anordnung der Regierung der Regierung in jede Gemeinde am Vorabend, den 12. April, unter Beteiligung der Parteien Versammlungen abgehalten, in denen die Wichtigkeit der Volksabstimmung dargelegt wird. Da der 13. April 1919 der Tag der ersten Volksabstimmung in Deutschland ist, will man ihm nach Möglichkeit auch durch äußerlich festliche Gehaltung seiner Bedeutung Ausdruck geben.

Eine neue Reichsbanknote zu 50 Mark wird in nächster Zeit ausgegeben. Sie ist in mehrfarbigem Buchdruck auf einem Papier hergestellt, das als Wasserzeichen ein Sternendreiecksmuster enthält. Die Vorderseite zeigt einen breiten Rahmen, der in einem hellbraunen und mittelbraunen Ton in Strichzeichnung ausgeführt ist. Den Untergrund der Note bedeckt eine blaue Verzierung, in der Mitte ein weißes liegendes Ei und freiliegend, in dem blaßblau die Zahl 50 untergebracht ist.

Der 1. Mai-Feiertag. Die bad. Regierung hat soeben eine Verordnung erlassen, in welcher der 1. Mai als gebotener Feiertag erklärt wird.

Notstandsarbeiten. Eine Verfügung des närrt. Arbeitsministeriums ordnet die Einrichtung von

Notstandsarbeitsstellen zur Beschäftigung drohverloren Frauen an.

Sodawasser wird von der Donau und der Jagt gemeldet.

Keine Marmelade mehr! Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst macht die Mitteilung, daß die Reichsstelle demnächst mit der Belieferung von Marmelade für die Bevölkerung aufhören müsse, weil die Reichsstelle dazu keinen Zucker mehr abgeben kann. Unzweifelhaft seien große Mengen Zucker von den Soldaten- und Arbeiter-Pläten beschlagnahmt worden. Die Reichsstelle wird das für die Marmeladebereitung noch vorhandene Obst konservieren, so daß es im nächsten Jahr noch verwandt werden kann.

Keine Sommerzeit. Die Deutsche Nationalversammlung in Weimar hat die Wiedereinführung der Sommerzeit für 1919 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Kurzfristige Lebensmittellarten. Nach einer Berliner Meldung soll in Aussicht genommen sein, kurzfristige Lebensmittellarten etwa für die Dauer einer Woche zur Einführung zu bringen, die beim Ausbruch unbedingter Streiks sofort ihre Gültigkeit verlieren. Für die Dauer solcher Streiks würden dann neue Karten nicht ausgegeben. Eine solche Maßnahme könnte ein zweischneidiges Schwert werden.

Kalinos. Im 1. Quartal d. J. konnten wegen Kohlen- und Wagenmangels nur 1,2 Millionen Doppelzentner Kalinos abgesetzt werden gegen 3 Millionen D. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine irgendwie nennenswerte Ausfuhr ist nach den Mitteilungen des Kalinosyndikats ausgeschlossen. Die Kalinos der Landwirtschaft wird durch übertriebene Preisforderungen von gewissenlosen Wiederverkäufern durch Wucherangebote auszunutzen versucht.

Trichinengefahr! Von verschiedener Seite ist schon auf das häufige Vorkommen von Trichinen im amerikanischen Speck hingewiesen worden. Dazu wird von amtlicher Seite bemerkt, daß die Trichinen im Muskelfleisch ihren Eiz haben und daß deshalb der mit Muskelfleisch befehte oder durchwachsene Speck vor der Ausgabe auf Trichinen untersucht werden muß. Die Vorbereitungen sind getroffen. Der Speck ist zum Teil gesalzen (trocken gesalzen) oder gepöckelt und geräuchert. Natürlich könnte der gesalzene Speck nachträglich noch geräuchert werden, wenn eine Ausgabestelle Wert darauf legte, nur geräucherten Speck zur Ausgabe zu bringen.

Die Diebstähle in den Hohenzollernschloßern.

Die Plünderungen im königlichen Schloß in Berlin beschäftigen nach den Berliner Blättern noch immer die Kriminalpolizei. Nach und nach ist es gelungen, einen Teil der gestohlenen wertvollen Kunstgegenstände wieder zu ermitteln. Ein anderer Teil ist ohne Zweifel längst aus Berlin verschwunden. So hat man jetzt in Hamburg zwei höchst wertvolle Bilder von Lukas Cranach wieder gefunden, die sich schon in dritter oder vierter Hand befinden. Die beiden Bilder wurden zunächst von den Matrosen, die sie gestohlen haben, in Berliner Verbrechertreife vergeblich zum Kauf angeboten. Endlich erwarb sie ein Händler in Hamburg und bot sie einem Pro-

jektor zum Kauf an. Dieser erkannte den Wert der Bilder, ging zum Schein auf den Handel ein, gab einen Schein in Zahlung, ließ ihn aber gleich sperren. Die beschlagnahmten Bilder wurden dem Finanzministerium zur Verfügung gestellt. Zu den noch nicht ermittelten Gemälden hören u. a. ein kleines männliches Bildnis auf Holz aus dem Jahre 1585, eine Katharina v. Bora von einem unbekanntem Künstler, halbe Figur, ebenfalls auf Holz, ein Gastmahl „Krieger mit Damen“ von Palamedes, tote Fische von Adriaen (Holz), ätliche Frau mit Totenkopf und Licht in der Hand, und Wundarzt, einen Patienten operierend, von einem holländischen Meister, ein weibliches Brustbild mit Händen, aus der Schule van Dyck, eine Madonna mit dem Kinde aus der venezianischen Schule (Holz), Weintrauben mit zwei Schmetterlingen von Ottomar Esslinger, 1677 (Holz). Farbendruck: Der Brief, Früchte, Käfer usw., Waldlandschaft mit Jägern als Staffage, Abendstille am Gardasee und „Mein Liebling“, von Auguste Ludwig, ferner Bildnis des Alchimisten Bernhard Thurneisser von Hermann Ring, 1517 (Holz), kleine Jupiter- und Saturnbüsten aus gelbem Marmor, eine weibliche Figur aus buntem Porzellan, eine männliche Figur aus Speckstein mit rötlichen Adern, ein Papagei aus chinesischem Porzellan u. a. m. Von den anderen Wertgegenständen fehlen auch noch sehr viele Schmuckstücke, Porzellantassen, Schreibzeuge, Stup- und Pendeluhren, Schalen, Briefbeschwerer usw.

Auch aus dem Palais Kaiser Wilhelm I. ist viel gestohlen worden, Figuren aus Bronze und Eisen, ein Pastellbild der Königin Luise, Vasen, Briefhalter, Schalen, eine schwere Portiere aus japanischem Seidenstoff, Tüllgardinen, Schals, ein Schränkchen, Dekorationsvasen, Zintenfässer, eine Schale, die einen Abdruck des Hildesheimer Silberfundes darstellt, Dosen, Medaillons, Kannen, ein kleiner Teller und kleines Trinkgefäß aus Elfenbein, Uhren, Siegelstempel, Dombirgel usw.

Im Kronprinzenpalais ist es in den Tagen der Novemberrevolution und bei späteren Unruhen nicht anders hergegangen. Am 11. November haben eingebrungene Wachtmanschaften und Zivilpersonen Kigarettenetuis, ein Kollier, Schreibzeug, Goldketten, eine Standuhr, Federhalter und Pfeife aus Gold mit Saphiren, allehand wertvolle Geräte aus einem antiken Nähkasten, goldene Taschenuhr mit Emaildekor und Brillanten und Saphiren usw. Am dem gleichen Tage wurden zwei Krastwagen, fünf Jagdgewehre und ein vergoldetes Revolver weggeholt. In der Zeit vom 1. bis 4. Januar wurde in dem Festsaal des Palais eingebrochen. Die Einbrecher erbeuteten Gardinen aus verschiedenen Stoffen, Stores, 36 Wolldecken, 15 Steppdecken, beinahe alle Bedecken, 18 Bettvorleger und ähnliches mehr. Nachdem die Kraftfahrereabteilung der Kommandantur ausgezogen war, ist es man fest, daß aus ihren Räumen im Palais allerhand verschwunden war: 10 Etahle, ein Waschtisch, ein Wappenspiegel, ein Kleiderständer, eine Waschgarnitur, 4 Schrankhülsen, eine elektrische Tischlampe, ein Holzschob, 3 Schuhtästen aus einer Kommode, ein Handfeuerlöschapparat, elektrische Tischlampen usw.

Druck und Verlag der W. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Bekanntmachung.

Die sich hier aufhaltenden ausgewiesenen Elbst-Bohringer haben sich **hinuen 3 Tagen** auf dem Lebensmittelamt zu melden.
Wildbad, den 12. April 1919.
Stadtschultheißenamt Wägner.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarke 22 werden **3 Eier** abgegeben.
Liste-Schluss: Dienstag Abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brot- und Buttermarken erfolgt am Dienstag, den 15. April für die Nummern **1-500** Vormittags 8-12 Uhr
501-Schluss Nachm. 2-6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Mehl-Abgabe.

Auf die beiden Mehlmarken **H und O** wird Roggmehl abgegeben.
Liste-Schluss Mittwoch Abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt.

Jünglings-Anzüge.

Von der Landesstelle sind mir ein Pöfchen **blauer Cheviot Anzüge** für das Alter von 14-17 Jahren überlassen worden, die ich hiermit zum Verkauf anzeige.

Ph. Bosch, Wildbad
Telefon 32.

Gemüse

Heute und Morgen zu haben
Luise Säd.
bei Buchbinder Rath.

Wir suchen verkäuf. Häuser

an beliebigen Plätzen, mit und ohne Geschäft, behufs Unterbreitung an vorbemerzte Käufer Besuch durch uns kostenlos. Nur Angebote von Selbstgeizentütern erwünscht an den Verlag der **Bermiet- u. Verkaufszentrale Frankfurt a. M. Sosa-Haus**

Jungen

der das Glaschneidhandwerk erlernen will, nimmt in die Lehre **Kudolf Pfau,** Glaschneider.

